

Staatliche Garantie für den Erhalt aller Arbeitsplätze bei Opel Bochum

Schon ein Jahr lang treiben die GM-Eigentümer ihr menschenverachtendes „Spiel“ mit der Angst Tausender Opel-Kollegen um ihren Arbeitsplatz und Betrieb. Allein im verarbeitenden Gewerbe in NRW wurden im Krisenjahr 10.000e Arbeitsplätze der „Krise“ geopfert. Der Arbeitsplatz-Kahlschlag bei Opel Bochum steht nun vor der Tür. Eine neue Welle der Entlassungen rollt auf die Betriebe zu und bedroht die industrielle Grundlage, welche die Basis der sozialen Existenz der arbeitenden Bevölkerung und der sozialen Infrastruktur des ganzen Landes darstellt.

Die Regierung Rüttgers (CDU) ist nur bereit, dem Unternehmenseigentümer von Opel 100e Millionen unsrer Steuergelder zur Finanzierung der Arbeitsplatzvernichtung und zur Rettung der Unternehmerprofite zu überweisen. Steuergelder also zur Vernichtung von Arbeitsplätzen, nicht zu deren Rettung.

In gleicher Weise sollen Unsummen v.a. von der Arbeitslosenversicherung der Arbeitnehmer aufgebracht werden, um die neue Entlassungsorgie „sozialverträglich“ zu subventionieren. Während die Gewerkschaften unter Druck gesetzt werden, in den bevorstehenden Tarifikämpfen auf Lohn-erhöhungen zu verzichten, erpresst man von ihnen zugleich ihre Bereitschaft, den Arbeitsplatzabbau „sozial mitzugestalten“.

Wir sind Arbeitnehmer, Gewerkschafter und Sozialdemokraten, die sich entschlossen haben, einen Aufruf an alle unsere Kolleginnen und Kollegen zu richten:

Die Zeit drängt! Wir werden auf die Demontage von Opel vorbereitet!

Die Regierung, die Banker, die Investmentfonds wollen uns glauben machen, dass es keine andere Lösung gibt, als die Zerstörung der Industrie in Deutschland.

Das akzeptieren wir nicht!

Die Regierungsgewalt muss dafür eingesetzt werden, damit eben nicht öffentliche Gelder für die Zerstörung der Arbeitsplätze fließen. Steuergeld für die Sicherung der Arbeitsplätze! Die Vernichtung von 2000 Arbeitsplätzen bei Opel Bochum würde der Produktion das Rückgrat brechen.

Die Regierungsgewalt muss eingesetzt werden zum Schutz aller Arbeitsplätze!

Wir alle haben zu lange die bittere

Erfahrung gemacht, dass es keinen anderen Weg gibt, um unsere Arbeitsplätze und die Betriebe zu verteidigen, die Lebensgrundlage der Arbeitnehmerfamilien, der Städte und des Landes.

Darum rufen wir alle Arbeitnehmer, Gewerkschafter, die Jugend auf: Unterzeichnet diesen Aufruf!

Vereinigen wir unsere Kräfte, um überall, in unseren Betrieben, Verwaltung, Stadtvierteln, die vereinte Mobilisierung zu organisieren:

Staatliche Garantie für den Erhalt aller Arbeitsplätze!

Betrieb und Arbeitsplätze von Opel Bochum werden dafür unter staatlichen Schutz gestellt!

Wir haben uns entschieden, diese Initiative zu ergreifen, weil – wir bedauern dies – es niemand an unserer Stelle macht.

Wir wenden uns an erster Stelle an die Mitglieder der SPD, die wie wir alle erbittert sind über die Politik der SPD-Führung. Denn die hat längst kein Ohr mehr für die dringlichen Forderungen und Sorgen der Arbeitnehmerbasis und Anhängerschaft der SPD in der Bevölkerung.

Wäre es nicht die Verantwortung der historischen Arbeiterpartei SPD, sich an die Spitze einer solchen Mobilisierung zu stellen und einen Gesetzesvorschlag mit sofortiger Wirkung in den Landtag, wie auch in den Bundestag einzubringen, damit alle Arbeitsplätze bei Opel garantiert werden, indem der Betrieb unter den Schutz und die Kontrolle des Staates gestellt wird?

Die bisherige Politik der SPD-Führung ist nichts anderes als das, was die Regierung Rüttgers vertritt.

Deshalb entscheiden wir uns in eigener Verantwortung zum Handeln, ohne auf die Forderung zu verzichten, dass die Partei hier ihre Rolle einnehmen müsste, die ihr eigentlich zukommt. Wir wollen

mit dieser Initiative dazu beitragen, die Hindernisse für die Einheit der Arbeiterbewegung zu überwinden. Die vereinte Mobilisierung schafft die Kraft, die den staatlichen Schutz für die Opel-Arbeitsplätze durchsetzt.

Zugleich entscheiden wir uns in eigener Verantwortung zum Handeln. Wir wollen mit dieser Initiative dazu beitragen, die Hindernisse für die Einheit der Arbeiterbewegung zu überwinden. Die vereinte Mobilisierung schafft die Kraft, die den staatlichen Schutz für die Opel-Arbeitsplätze durchsetzt.

Es gibt keinen anderen Ausweg.

Ein Erfolg bei Opel wird auch den Weg bahnen:



für die Verteidigung der Arbeitsplätze der Industriebetriebe an Rhein und Ruhr, durch ein gesetzliches Entlassungsverbot;

für die Verteidigung der Löhne und gewerkschaftlichen Tarifverträge, der Sozialversicherungen;

für die Verteidigung der sozialen und öffentlichen Leistungen unserer Städte und Gemeinden zur Sicherung der Lebensqualität der arbeitenden Bevölkerung und Jugend.

Henning Frey (SPD),

Paul Paternoga (SPD, AfA-UB-

Vorsitzender Siegburg, Mitgl. AfA-Landesvorstand NRW, IGM-BR),

H.-W. Schuster (SPD, AfA-UB-

Vorsitzender Düsseldorf, ver.di-VM),

Matthias Cornely (IGM, Betriebsratsvorsitzender).